



Antrag

der Fraktionen von FDP, SPD, SSW, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Landesweite Katzenschutzverordnung – jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in Ergänzung zu den bereits bestehenden Kastrationsaktionen eine landesweite Katzenschutzverordnung zu erlassen, um den Schutz freilebender und domestizierter Katzen zu verbessern und die Auswirkungen von wildernden Katzen auf die heimische Tierwelt zu minimieren.

Die Katzenschutzverordnung sollte folgende Maßnahme beinhalten: Eine Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen, um eine unkontrollierte Vermehrung und das Entstehen neuer Populationen verwilderter Katzen zu verhindern. Durch die Verordnung darf das erfolgreiche Kastrationsprojekt des Landes nicht gefährdet werden.

Die Landesregierung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen, Jagdverbänden, Tierärzten und den Kommunalen Landesverbänden ein Konzept zur einfachen und verwaltungsarmen Umsetzung und Kontrolle der Verordnung zu entwickeln.

Um sicherzustellen, dass die finanziellen und organisatorischen Auswirkungen der Katzenschutzverordnung verhältnismäßig sind, soll die Verordnung spätestens nach vier Jahren evaluiert werden. Nach der Evaluierung erfolgt ein mündlicher Bericht.

Begründung:

Die Anhörung im Umwelt- und Agrarausschuss am 12. Februar 2025 zum Thema „Forderung eines Verbots der Jagd auf Katzen“ zeigte eine breite Zustimmung der verschiedenen Akteure für eine landesweite Katzenschutzverordnung. Diese landesweite Katzenschutzverordnung ist notwendig, um den Tierschutz zu stärken und gleichzeitig negative ökologische Folgen durch wildernde Katzen zu reduzieren. Viele Bundesländer haben bereits ähnliche Verordnungen erlassen und positive Erfahrungen gemacht.

Annabell Krämer
und Fraktion

Sandra Redmann
und Fraktion

Dr. Michael Schunck
und Fraktion

Cornelia Schmachtenberg
und Fraktion

Dirk Kock-Rohwer
und Fraktion